

14.15

Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

Johannes Rauch: Frau Präsidentin! Geschätzte Bundesrätinnen und Bundesräte!

Ich freue mich sehr, dass wir das heute im Bundesrat auch beschließen, weil es ein langes Anliegen der Berufsgruppe ist. Es ist erwähnt worden: Rund 43 000 Menschen gehören dieser Berufsgruppe an.

Wir haben das auch gemeinsam mit den Berufsverbänden ausgearbeitet, und ich darf sagen, seitdem diese Berufsgruppe tätig ist, das ist doch schon eine Zeit lang, haben wir immer darum gekämpft, die Anerkennung entweder über einen Titelschutz oder ein Berufsgesetz zu bekommen. Ich finde, das ist der erste Schritt, der notwendig ist, und ich freue mich auch darüber.

Ich möchte auch erwähnen, dass natürlich die Bedeutung damit ins Zentrum gerückt und auch anerkannt wird. Für alle Menschen, die in diesem Bereich arbeiten – sei es in der Suchthilfe, in der Kinder- und Jugendwohlfahrt, in der Sozialpsychiatrie, in der Gemeinwesenarbeit, in den freien Trägern oder wo immer sie tätig sind –: Die Bedeutung ist schlicht und einfach steigend, und der Bedarf auch. Ja, ein offenes Wort: Natürlich brauchen wir auf Sicht mehr Ausbildungsplätze, diese Einschätzung teile ich, weil der Bedarf in diesen Berufsgruppen einfach insgesamt zunimmt.

Was da in Kooperation mit anderen Berufen gemeinsam geleistet werden kann, zeigt ein Beispiel: Es ist ja möglich, dass Primärversorgungszentren, in denen Ärztinnen und Ärzte tätig sind, auch andere Berufsgruppen anstellen, unter anderem Menschen, die eine sozialpädagogische Ausbildung haben. Ich habe mir derartige Einrichtungen angeschaut, dort ist die Rückmeldung eine klare. Was dort an Problemlagen von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern abgearbeitet werden kann, spart den anderen Gruppen, Fachgruppen, insbesondere Ärztinnen und Ärzten Zeit, um sich auf das zu konzentrieren, was ihre ureigenste Aufgabe ist, nämlich die Behandlung erkrankter Personen.

Es ist notwendig und wichtig, Begleiterscheinungen, die oftmals nicht auf den ersten Blick erkennbar sind, einer Beratung, Betreuung, Behandlung

zuzuführen – seien es Schulden, seien es soziale Situationen, die mit Wohnungsnot zu tun haben, oder ähnliche Dinge mehr.

Danke für die Zustimmung, das ist ein guter und ein großartiger Schritt für die Berufsgruppe. – Danke schön. (*Beifall bei den Grünen und bei Bundesrät:innen der ÖVP.*)

14.17